

Antrag für die JHV zur Überweisung an die Bezirkskonferenz der Jusos zur weiteren Überweisung durch die Gremien an den Bezirks, Landes- und Bundesparteitag der SPD:

Öffnung der Ehe

Wir fordern eine geschlechtsneutrale Ehe. Ehe – als gesellschaftliche Institution und Organisation des Zusammenlebens – muss heterosexuelle wie homosexuelle Paare umfassen.

Begründung:

Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz wurden viele Verbesserungen für die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von homosexuellen Partnerschaften erreicht. Dies ist nicht zuletzt aufgrund des Engagements der SPD in der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder geschehen. Das Lebenspartnerschaftsgesetz ist als ein Schritt auf dem Weg der völligen Gleichstellung und Anerkennung homosexueller Partnerschaften durchaus angemessen und gut. Doch darf es nicht dabei bleiben!

Langfristig muss die Lebenspartnerschaft in der Ehe aufgehen. Kurzfristig sind zwar weitere Angleichungen wünschens- und erstrebenswert. Doch ist es bei zunehmender Angleichung der Lebenspartnerschaft an die Ehe nicht länger haltbar, dass zwei Formen der rechtlich geregelten Partnerschaft nebeneinander existieren. Die Lebenspartnerschaft darf nicht als Ehe zweiter Klasse legitimiert werden. Dies bleibt die Lebenspartnerschaft aber, solange sie neben der Ehe als eigenständiges Institut existiert, selbst wenn eine vollständige Angleichung stattgefunden haben mag.

Ehe und Familie sind – auch nach den Formulierungen des Grundgesetzes – nicht gleichzusetzen. Für uns ist Familie dort, wo generationenübergreifend Verantwortung übernommen wird. Aus eben diesem Grund muss natürlich die Familie im Mittelpunkt des staatlichen Schutzes stehen. Wenn Ehe und Familie sich aber unterscheiden, darf eine Ehe nicht nur zwischen Mann und Frau bestehen. Sie muss als eine geschlechtsneutrale – und somit nicht diskriminierende – Institution im Grundgesetz verankert sein!

Die Öffnung der Ehe wird in keiner Weise eine Schwächung der Institution der Ehe, wie von konservativer Seite immer behauptet, hervorrufen. Im Gegenteil – sie wird den zeitlichen Gegebenheiten angepasst und erhält neue Impulse.

Auf lange Sicht darf mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz keine Ungleichheit im Gesetz zementiert werden. Die Jusos treten für die Überwindung der rechtlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten der Partnerschaften ein. Daher ist die Lebenspartnerschaft als zeitlich begrenztes Instrument adäquat, darf langfristig aber nicht die "homosexuelle Ehe" – als Ehe zweiten Ranges – und somit die bestehende Ungleichbehandlung im Gesetz

verankern. Nur die Öffnung kann aus unserer Sicht das Ziel sein. Andere Länder haben gezeigt, dass dies möglich ist und auch gesellschaftlich akzeptiert werden kann.